



Vorstellung durch die Regierung/Ministerpräsident Paasch  
Plenarsitzung vom 03.11.2014

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushalt 2015

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

- SP, PFF und ProDG haben vor einigen Monaten einen Koalitionsvertrag unterzeichnet, in dem wir mit einem ausdrücklichen Verweis auf das REK die wichtigsten inhaltlichen Leitlinien für die neue Legislaturperiode festgelegt und
- unsere finanzpolitischen Ziele formuliert haben.

In unserer Regierungserklärung vom 16.09.2014 haben wir dann diese Leitlinien unserer politischen Arbeit in Form von 24 konkreten Zukunftsprojekten präzisiert.

Zur Finanzpolitik hatten wir in der Regierungserklärung lediglich festgehalten, dass die Haushaltslage vor allem wegen der Unterfinanzierung in den neuen Zuständigkeiten ernst sei; und dass wir dennoch das Ziel verfolgen würden, den Haushalt noch vor Ende dieser Legislaturperiode ins Gleichgewicht zu bringen.

Wir hatten angekündigt, unsere finanzpolitischen Ziele anhand konkreter Haushaltszahlen am 03. November 2014 zu präzisieren.



Nun, heute ist der 03. November 2014. Und wir halten uns an unseren Zeitplan.

Ich möchte Ihnen heute die Rechnungslegung 2013, die 2. Anpassung des Haushaltes 2014, den Haushalt 2015 und unsere langfristige Finanzplanung vorstellen.

Bevor ich das aber tue, möchte ich mich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium, ganz besonders bei den Mitarbeitern im Finanzdienst, bedanken. Sie haben mir in den letzten Monaten weit über ihre Arbeitszeit hinaus dabei geholfen, diese Finanzplanung vorzubereiten.

Wir haben viele Abende, manchmal sogar Nächte und Wochenenden miteinander daran gearbeitet. Das ist nicht selbstverständlich und verdient unsere Anerkennung.

Im Anschluss an meine Rede werden wir eine mehrere hundert Seiten umfassende Rechtfertigungserklärung verteilen, in der wir detailliert alle Zuweisungen des Haushaltes und unsere langfristige Finanzplanung erläutern.

Darin gehen wir sehr transparent auf alle Einzelheiten ein. In meiner Rede werde ich mich heute nur auf die wichtigsten Punkte beschränken.

Zur Rechnungslegung 2013 – nur wenige Worte, weil bereits ausführlich im AI vorgestellt: Das Ergebnis 2013 ist besser als erwartet. Das konsolidierte Defizit beträgt 67,5 Millionen EUR und ist größtenteils auf einmalige Investitionen (insbesondere in den Schulbau) zurückzuführen.

Das Defizit fällt um ca. 5 Millionen EUR geringer aus als vor den Wahlen angekündigt. Das zeugt von einer verlässlichen und vorsichtigen Haushaltsplanung.

Spannender als der Blick auf die Vergangenheit ist aber wahrscheinlich der Blick in die Zukunft. Mit Blick auf die Zukunft stehen alle Gliedstaaten in Belgien vor 3 großen finanzpolitischen Herausforderungen. Für die DG kommt sogar noch eine 4. Herausforderung hinzu, die andere so nicht kennen.

### **1. Herausforderung: Finanz- und Wirtschaftskrise**

Genau wie die meisten Staaten in Europa, genau wie der belgische Föderalstaat und genau wie alle anderen Gemeinschaften und Regionen erleben wir derzeit erneut einen dramatischen Einbruch der Wirtschaftsparameter.

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind bei weitem noch nicht überwunden.

Hinzu kommen in diesem Jahr zahlreiche internationale Krisen, Konflikte, Kriege, Epidemien und Unsicherheiten. Wir erleben zurzeit auf unserem Planeten eine beunruhigende Ansammlung von Krisenherden. Übrigens nicht nur in wirtschaftlicher sondern vor allem auch in humanitärer Hinsicht.

Die Wachstumsprognosen für Belgien wurden vor diesem Hintergrund deutlich nach unten korrigiert.

Zur Erinnerung:

Die europäische Kommission hatte Belgien noch vor wenigen Monaten für das Jahr 2014 ein Wirtschaftswachstum um 1,2 % und für 2015 ein Wachstum um 1,7 % vorausgesagt.

In seinen jüngsten Schätzungen vom September geht das föderale Planungsbüro aber für 2014 nur noch von 1,1 % und für 2015 nur noch von 1,5% aus. Und um es gleich vorweg zu nehmen: ich glaube auch an diese Prognosen nicht.

Ich befürchte, dass sich die Weltwirtschaftslage und insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung in Europa noch weiter verschlechtern wird.



Deshalb hat sich die Regierung der DG zu einem ziemlich außergewöhnlichen und für belgische Verhältnisse ziemlich einmaligen Schritt entschlossen.

Wir haben für die Berechnung unserer Einnahmen diesmal nicht die Zahlen des Föderalstaates übernommen, sondern noch sehr viel schlechtere Wirtschaftsparemeter eingetragen.

Für die Berechnung unserer Einnahmen gehen wir für das Jahr 2014 nicht wie das föderale Planbüro von einem belgischen Wirtschaftswachstum um 1,1 % sondern nur von 0,8% aus.

Für das Jahr 2015 gehen wir nicht wie das Planbüro von 1,5 % sondern nur von 1,0 % aus.

Wir haben unsere Einnahmen also sehr viel vorsichtiger eingeschätzt als der Föderalstaat und auch sehr viel vorsichtiger als andere Gliedstaaten in Belgien.

Ich sagte es bereits, die Inflationsprognosen für unser Land haben sich seit dem Frühjahr ebenfalls verschlechtert; genauso wie die Bevölkerungsprognosen.

Die Verschlechterung all dieser Parameter führt naturgemäß zu einer Verschlechterung der Einnahmen unserer Gemeinschaft; weil der Föderalstaat die Einnahmen der DG auf der Grundlage dieser Parameter berechnet.

Da wahrscheinlich nicht jedermann das Finanzierungsgesetz der DG kennt, erinnere ich noch mal daran: Die DG ist kein Empfänger von Almosen und auch kein Bittsteller.

Wir erhalten keine willkürlich zusammengewürfelten Pauschal-dotationen. Man macht der DG auch keine Geschenke.

Unsere Einnahmen hängen direkt von objektiven Parametern, vom belgischen Wirtschaftswachstum, von der Inflation und von unserer Einwohnerzahl ab.

Alleine die Verschlechterung dieser Parameter kostet uns im Vergleich zu den noch vor wenigen Monaten veröffentlichten Prognosen des Föderalstaates in dieser Legislaturperiode 26, 3 Millionen EUR.

Insgesamt kostet uns die Finanz- und Wirtschaftskrise übrigens



mittlerweile mehr als 20 Millionen EUR pro Jahr. Daran kann man nichts ändern. Damit muss man umzugehen lernen. Und, wie Sie gleich feststellen werden, wir können damit umgehen!

## 2. Herausforderung, vor der alle Gliedstaaten, alle Gemeinschaften und Regionen stehen:

Wir alle müssen ab dem kommenden Jahr einen zusätzlichen Beitrag zur Sanierung der belgischen Staatsfinanzen leisten.

Für die DG bedeutet das schlicht und ergreifend, dass man uns jetzt im Jahr 2015 2,1 Millionen und dann ab 2016 jedes Jahr sogar 4,2 Millionen von unseren Einnahmen abzieht.

Das ist keine Überraschung, aber es ist eine Tatsache, die finanziert werden muss.

## 3. Herausforderung:

Genau wie von allen anderen Gliedstaaten in Belgien verlangt man von der DG ab 2015 jedes Jahr einen progressiv steigenden zusätzlichen Beitrag zur Finanzierung der Beamtenpensionen. Immerhin 882.000 EUR im nächsten Jahr und sogar 1.270.000 EUR im Jahre 2019. Auch das ist keine Überraschung. Diese zusätzlichen Beiträge hatten wir sogar schon vor den Wahlen in die Simulation eingetragen; aber auch das ist eine Tatsache, die wir finanzieren müssen.

Bevor ich die Frage beantworten werde, wie wir auf diese 3 großen finanzpolitischen Herausforderungen zu reagieren gedenken; möchte ich kurz auf die Frage eingehen, wie die anderen Gliedstaaten in Belgien damit umgehen.

### a) Wallonische Region:

- Kürzt innerhalb von 3 Jahren die Mittel für die öffentlichen Dienstleister, für alle Einrichtungen öffentlichen Interesses um 10 %. Ja, Sie haben richtig gehört. Sie kürzt diese Dotationen

um 10 %. Ausgenommen wird dabei lediglich die Dienststelle für Personen mit einer Behinderung und z.T. die wallonische Transportgesellschaft.

- Kürzt ihre Subsidien, die sogenannten fakultativen Ausgaben, um 7% bis 15 %.

Das bedeutet, dass unzählige gemeinnützige Einrichtungen in fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens der Wallonischen Region von heute auf morgen sehr viel weniger Geld erhalten werden. Zahlreiche Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht: zahlreiche Vereinigungen, die sich für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft einsetzen; werden wertvolle Initiativen streichen und gegebenenfalls Stellen abbauen müssen.

- Sie kürzt ihre Zuschüsse in der Beschäftigungspolitik und spart alleine bei Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen ca. 10 Millionen EUR.

Das sind nur einige Beispiele.

Nebenbei bemerkt: Die WR hatte vor den Wahlen für 2015 ein Defizit in Höhe von 190 Millionen EUR angekündigt. Nach den Wahlen wurde daraus ein Defizit in Höhe von 1,1 Milliarden EUR.

Daran wird deutlich, wie groß die 3 Herausforderungen sind, von denen ich eben gesprochen habe.

#### b) Die Französische Gemeinschaft

- Spart massiv im Bereich öffentlicher Dienstleistungen; besonders bei der RTBF

- Kürzt Subsidien um 17 Millionen EUR
- Spart Millionenbeträge im Unterrichtswesen. Beispielsweise kürzt sie die Funktionssubventionen für Schulen.

Und trotzdem hat auch sie für 2015 ein Haushaltsdefizit angekündigt.

c) Von allen belgischen Gliedstaaten hat sich aber die Flämische Gemeinschaftsregion zu den drastischsten Sparmassnahmen gezwungen gesehen.

- Gespart wird dort insbesondere im Unterrichtswesen,
- in der Gesundheitspolitik,
- beim Kindergeld, das 2015 nicht mehr indexiert wird,
- in der Kleinkindbetreuung,
- in der Beschäftigungspolitik,
- im Bereich der Erwachsenenbildung,
- beim Teilzeitunterricht und in der beruflichen Bildung.

In all diesen und vielen anderen Bereichen hat Flandern drastische Einschnitte angekündigt.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Haushaltsituation ist in ganz Belgien sehr ernst.

Und dabei habe ich noch gar nicht vom Föderalstaat gesprochen.

Überall werden Subsidien gekürzt. Vielerorts werden Stellen abgebaut.

Zahlreiche Menschen im ganzen Land müssen um ihren Arbeitsplatz und um ihr Einkommen bangen. Das ist der Kontext, in dem wir leben.

### **Wie sieht es nun in der DG aus?**

Ich habe bereits in unserer Regierungserklärung darauf hingewiesen, dass vor diesem Hintergrund auch die Haushaltslage der DG ernst sei. Alles andere käme ja auch einem Wunder gleich.

Angesichts der 3 Herausforderungen, die wir genauso wie alle anderen Gliedstaaten zu bewältigen haben, könnte unsere Haushaltslage nicht anders als ernst sein.

Wenn im ganzen Land drastische Sparmassnahmen beschlossen und Defizite angekündigt werden, dann kann auch die DG kein gallisches Dorf im Schlaraffenland sein.

Zumal für die DG noch eine weitere, eine 4. finanzpolitische Herausforderung hinzukommt, die andere in diesem Ausmaß nicht haben:

#### **4. Die 4. Herausforderung** für die DG hat mit der 6. Staatsreform zu tun.

Zum ersten Mal müssen wir einen Haushalt aufstellen, in dem die Finanzierung der neuen Zuständigkeiten berücksichtigt wird: Familienzulagen, Seniorenpflege, Krankenhausinfrastruktur, Justizhäuser; etc. – das sind sehr wichtige, hochinteressante neue Zuständigkeiten, die uns sehr wertvolle neue Handlungsmöglichkeiten geben.





Aber all das ist natürlich größtenteils Neuland für die DG; für die Regierung, für das Ministerium genauso wie für das Parlament.

Einen Gesamthaushalt zu erarbeiten, der all dem Rechnung trägt, war für uns keine einfache Aufgabe. Wir waren und wir sind dabei nämlich abhängig von Angaben des Föderalstaates und der dort angesiedelten föderalen Behörden, die diese Zuständigkeiten bislang ausgeübt haben.

Mittlerweile steht zweifelsfrei fest, dass einige dieser neuen Zuständigkeiten unterfinanziert sind; dass der Föderalstaat uns also weniger Geld überweist, als in diesen Zuständigkeiten, die er uns übertragen hat, gebraucht wird.

Für die Seniorenpflege überweist man uns z.B. Geld für insgesamt 741 Plätze, obwohl 880 Plätze zugesagt waren.

Für zukünftige Investitionen in unsere Krankenhäuser überweist man uns z.B. jährlich zwischen 3,5 und 3,7 Millionen EUR. Man zieht uns aber davon aber sofort wieder jedes Jahr zwischen 5,5 Millionen EUR und 5,9 Millionen EUR ab für Altlasten des Föderalstaates und nach dem 01.01.2013 beim Föderalstaat eingegangene Rechnungen.

Man überweist uns also MINUS 2 Millionen EUR für zukünftige Investitionen in unsere Krankenhäuser.

Ein anderes Beispiel: Unsere Mittel für den nationalen Begleitplan in Höhe von mehr als 300.000 EUR die wir bislang jedes Jahr erhielten, hat man nun der Wallonischen Region übertragen.



Die Ausgaben bleiben also weiterhin in der DG, beim Arbeitsamt; die Einnahmen erhält jetzt aber nicht mehr die DG sondern die WR. Hinzu kommt ganz grundsätzlich die Verwaltung der neuen Zuständigkeiten.

Alleine für die reine Verwaltung der neuen Zuständigkeiten entsteht durch die 6. Staatsreform eine Unterfinanzierung in Höhe von 1,5 – 1,7 Millionen EUR pro Jahr.

Insgesamt kostet uns die Unterfinanzierung in den neuen Zuständigkeiten im Jahre 2015 ca. 3, 5 Millionen EUR. Dieser Fehlbetrag steigt danach zunächst deutlich an und nimmt erst später wieder progressiv ab.

Im Jahre 2016 fehlen uns bspw. schon ca. 8 Millionen EUR.

Eine solche Unterfinanzierung in den neuen Zuständigkeiten gibt es in diesem Ausmaß nur bei uns. Eigentlich hätte es überhaupt keine Unterfinanzierung geben dürfen.

Der Föderalstaat hatte seinerzeit ausdrücklich versprochen, dass keine Gemeinschaft bis zum Jahre 2024 durch die Staatsreform Geld verlieren würde.

Wir verlieren aber Geld, und zwar jedes Jahr in Millionenhöhe.

Unser Parlament hatte schon vor den Wahlen in einem Gutachten an die Föderalregierung auf das Risiko einer solchen Unterfi–nanzierung hingewiesen.

Das Risiko war also bekannt – die Höhe der Fehlbeträge allerdings nicht.

Deshalb hat die Vorgängerregierung immer wieder vor den Wahlen gesagt, dass es gelungen war, den Haushalt in den alten Zuständigkeiten auszugleichen.

Wer behauptet, dass sei seinerzeit von niemandem gehört oder verstanden worden, der unterschätzt die Journalisten.

Wäre das nicht gehört worden, hätte ein GE-Journalist den damaligen MP wohl kaum im Dezember 2013 Folgendes gefragt:

„Sie haben eben gesagt, mit den bisherigen Kompetenzen wird der Haushalt der DG 2015 ausgeglichen sein. Wie sieht es nach der Übernahme neuer Zuständigkeiten aus?“

Darauf antwortete der damalige MP übrigens wenige Monate vor der Wahlen wörtlich: „Das Verdauen der sechsten Staatsreform und der zusätzlichen regionalen Zuständigkeiten beinhaltet große Herausforderungen. Bei der Gestaltung und Finanzierung der neuen Aufgaben müssen wir nach originellen Ansätzen und Synergien suchen.“

**Wie gedenkt nun die Regierung der DG auf die eben beschriebenen 4 Herausforderungen zu reagieren?**

**Nun, die Haushaltslage der DG ist zwar ernst; aber sie ist keineswegs dramatisch. Im Gegenteil!**

Deshalb haben wir uns für einen pragmatischen Kompromiss entschieden:



Wir werden in dieser Legislaturperiode sowohl unsere Dienstleistungen aufrechterhalten als auch den Haushalt wieder ins Gleichgewicht bringen.

Wir können uns keine großen Sprünge erlauben. Wir werden sehr bescheiden mit unserem Geld umgehen.

Wir werden während der gesamten Legislaturperiode eine strikte Haushaltsdisziplin anwenden.

Wir können uns nur sehr wenige Mehrausgaben leisten, wenn wir unser finanzpolitisches Ziel erreichen wollen.

**Aber wir brauchen keine drastischen Einschnitte vorzunehmen!**

Wir werden im Gegensatz zu anderen keine gemeinnützigen Einrichtungen durch brutale Kürzungen in Existenznot bringen.

Wir werden im Gegensatz zu anderen nicht mit dem Rasenmäher den Unterrichtshaushalt zusammenstreichen.

Wir werden im Gegensatz zu anderen nicht den sozialen Zusammenhalt in unserer Gemeinschaft gefährden.

Wir werden z.B. auch auf keinen Fall beim Personal in den Alten- und Pflegeheimen sparen. Auf keinen Fall.

Und dennoch werden wir den gesamten Haushalt der DG zum ersten Mal seit Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrisewieder ins Gleichgewicht bringen – und zwar noch VOR Ende dieser Legislaturperiode

Wir wollen auf eine sehr pragmatische Art und Weise Beides schaffen: Einerseits, wie von der EU verlangt, den Haushalt ins

Gleichgewicht bringen und andererseits das Dienstleistungsangebot der DG weiter verbessern und die Investitionskapazität der DG aufrechterhalten.

Ja, auch die DG wird schon in diesem Jahr sparen – z.B. indem wir weniger in Infrastruktur investieren, Funktionskosten auf ein Minimum begrenzen und Personalmitglieder nicht ersetzen. Eine strikte Haushaltsdisziplin also.

Aber im Gegensatz zu anderen werden wir sozialverträglich sparen.

Auf drastische Einschnitte zum Beispiel bei Schulen oder sozialen Dienstleistungen wollen wir im Gegensatz zu Flamen und Wallonen verzichten! Ist das überhaupt möglich?

Kann ein Staat, kann eine Gemeinschaft inmitten einer Wirtschaftskrise und trotz der beschriebenen Unterfinanzierung auf drastische Einschnitte verzichten und dennoch das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes erreichen?

Ja, das ist möglich.

Allerdings nur, weil wir den Haushalt in den alten Zuständigkeiten bereits vor den Wahlen mit 2 Krisendekreten und einer Kürzung der Gehaltsbaremen um 2% ins Gleichgewicht gebracht hatten. Das haben andere nicht getan.

Weder die WR noch die FG haben vor den Wahlen Sparmaßnahmen beschlossen. Deren Haushalte sind auch in den alten Zuständigkeiten defizitär.

Wir werden den Haushalt der DG ins Gleichgewicht bringen; aber nicht mit der Brechstange von heute auf morgen.

Wenn wir versucht hätten, den Haushalt 2015 ins Gleichgewicht zu bringen – das hätten wir theoretisch tun können – dann hätten wir brachiale, sozial unverträgliche Sparmassnahmen beschließen müssen

und zahlreiche gemeinnützige Einrichtungen, Alten- und Pflegeheime, Schulen oder Dienstleistungen gefährdet. Darauf haben wir verzichtet.

Sozialverträglich sparen bedeutet nämlich progressiv sparen.

Wir werden in den ersten Jahren bewusst Defizite in Kauf nehmen und das Haushaltsgleichgewicht erst gegen Ende der Legislaturperiode

– in jedem Fall aber VOR den nächsten Gemeinschaftswahlen – anstreben.

So sieht es auch der Haushaltspfad vor, den wir ausgearbeitet und in die Simulation eingetragen haben.

Um dieses Ziel erreichen zu können, ziehen wir sogar ohnehin notwendige Investitionen vor, die unsere Haushalte in den ersten Jahren **BE**lasten, um die Haushalte in den Jahren danach zu **ENT**lasten

So haben wir uns beispielsweise dazu entschlossen, zahlreiche bestehende alternative Finanzierungen aufzulösen und die entsprechenden Zuschüsse, die ursprünglich auf 20 Jahre gestreckt werden sollten, sofort integral ausbezahlen.

Zudem werden wir mehrere noch nicht konsolidierte alternative Finanzierungen in klassische Zuschüsse umwandeln.



Das **BE**lastet massiv die Haushalte 2014 bis 2018, weil wir unsere Zuschüsse sehr viel schneller auszahlen als ursprünglich geplant.

Das **ENT**lastet aber in demselben Umfang die Haushalte ab 2018, weil die Ratenzahlungen für diese alternativen Finanzierungen dann komplett entfallen und Zinsen eingespart werden.

Über diese weitreichende finanzpolitische Entscheidung haben wir in den letzten Wochen einen breiten Dialog mit Projektträgern und ganz besonders mit den Gemeinden geführt.

Diese Entscheidung führt zwar zu ungewöhnlich hohen buchhalterischen Defiziten vor allem in den Jahren 2014, 2015 und 2016. Ich betone „buchhalterischen“ Defiziten.

Aber 1. werden dadurch zukünftige Haushalte in Millionenhöhe entlastet.

2. Sparen wir und der Steuerzahler dadurch sehr viel Geld in Form von Zinsen ein.

3. Wird dadurch die anrechenbare Schuld der Gemeinden deutlich verringert, weil zahlreiche Kredite für den Zuschussanteil der DG vorzeitig zurückgezahlt werden können. Wir übertragen diese Schulden von den Gemeinden an die DG.

Und 4. müssen wir ohnehin aufgrund europäischer Vorgaben damit rechnen, dass die Gemeinden in absehbarer Zeit zum Konsolidierungsparameter der DG gezahlt werden.



Alternative Finanzierungen bleiben zwar weiterhin für private Projektträger ein interessantes Instrument zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten.

Für Projekte öffentlicher Träger machen sie aber spätestens dann keinen Sinn mehr.

Nachdem das Haushaltsjahr 2013 mit einem Defizit von etwas weniger als 70 Millionen EUR abgeschlossen hat, sehen wir vor diesem Hintergrund für 2014 erneut ein Defizit in Höhe von ca 70 Millionen EUR vor.

Für 2015 gehen wir von einem Defizit in Höhe von 31,7 Millionen EUR aus, das 2016, bedingt durch die Staatsreform noch einmal ansteigt, dann aber nach 2016 progressiv abgebaut wird.

Wie gesagt, diese Defizite sind zu einem beachtlichen Teil auf zahlreiche außergewöhnliche Ausgaben zurückzuführen, die sich u.a. aus der eben beschriebenen, für den Steuerzahler interessanten Umwandlung von alternativen Finanzierungen ergeben.

Berücksichtigt wurden auch bereits die Mehrkosten, die sich aus der vom Parlament eben beschlossenen Aufwertung der Parlamentsarbeit ergeben.

Außerdem haben wir auf der Grundlage aller uns vorliegenden Erkenntnisse eine Schätzung der notwendigen Ausgaben für die neuen Zuständigkeiten in den Haushalt eingetragen. Die definitive Höhe dieser Ausgaben, das will ich an dieser Stelle deutlich sagen, können wir aber erst bei der Rechnungslegung kennen.





Der zusätzliche Beitrag zur Sanierung der belgischen Staatsfinanzen wurde ebenfalls berücksichtigt. Genauso wie der von der Föderalregierung angekündigte Indexsprung.

Die Regierung hat zudem einige inhaltliche Weichenstellungen vorgenommen, die Auswirkungen auf den Haushalt 2015 haben.

Zum Beispiel zu Gunsten von paragemeinschaftlichen Einrichtungen: Wir haben die Mittel der Dienststelle für Personen mit einer Behinderung erhöht, um die Unterbringung eines mehrfachbehinderten Jugendlichen in einer spezialisierten Einrichtung zu ermöglichen.

Nebenbei gemerkt, die Unterbringung eines einzigen Kindes in einer solchen Einrichtung kostet uns mehr als 100.000 EUR pro Jahr. Das ist sehr teuer; und dennoch sollten wir uns das leisten. An diesem Beispiel wird nämlich deutlich, dass wir es ernst meinen mit Inklusion und sozialer Gerechtigkeit.

Die Mittel für den BRF wurden ebenfalls um den Betrag erhöht, der notwendig ist, um den neuen Sendemast und die entsprechenden Lizenzen finanzieren zu können.

Wir haben auch die Dotation für das IAWM strukturell um 110.000 EUR erhöht, um die duale Ausbildung in unserer Gemeinschaft aufzuwerten.

Dieses Geld fließt unmittelbar in die Ausbildung von Lehrlingen und Meisteranwärtern. Wir haben in der Regierungserklärung versprochen, die technischen Ausbildungen aufzuwerten. Sie sehen wir haben schon damit begonnen.

Außerdem haben wir alle Defizite aller paragemeinschaftlichen durch eine Erhöhung der Dotationen ausgeglichen. Das ist für den Gesamthaushalt der DG und damit für den Steuerzahler kostenneutral; für die betroffenen Einrichtungen aber in vielerlei Hinsicht interessant.

Während also anderswo im Land die Mittel für solche Einrichtungen öffentlichen Interesses und damit für wesentliche Dienstleistungen im Ausbildungs-, Medien- und Sozialbereich drastisch gekürzt werden (s. WR : -10%); haben wir keine dieser Dienstleistungen in Gefahr gebracht

sondern überall dort, wo das notwendig und gerechtfertigt war, sogar Erhöhungen beschlossen.

Das gilt im Übrigen auch für unseren eigenen Haushalt.

Im Unterrichtsbereich haben wir beispielsweise neben der bereits erwähnten Aufwertung der Ausbildung von Lehrlingen bedeutende Mittel vorgesehen für die Einstellung von zusätzlichen Kindergärtnern, den kostengünstigen Zugang zum Unterricht, für die Unterstützung von Lehrpersonen und für die Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Im Sozialbereich haben wir z.B. die notwendigen Mittel eingetragen für die Anerkennung von sozialen Treffpunkten – da geht es immerhin um 201.000 EUR.

Außerdem wollen wir die Kinderbetreuung verbessern und neue Standorte für die außerschulische Betreuung anerkennen. Auch da geht es um immerhin 103.000 EUR.

An diesen Beispielen wird erkennbar, dass diese Regierung dem Sozialbereich auch weiterhin eine große Priorität beimisst.



Wir geben im Jahre 2015 200 Millionen EUR, d.h. 75% unseres gesamten laufenden Haushaltes, für Bildung, Gesundheit und Soziales aus.

Eindeutiger kann man nicht beweisen, dass Bildung und Soziales unsere obersten finanzpolitischen Prioritäten bleiben.

Diese finanzpolitische Schwerpunktsetzung bedeutet aber natürlich nicht, dass wir unsere anderen Zuständigkeiten vernachlässigen dürfen.

Trotz der eben erwähnten 4 großen finanzpolitischen Herausforderungen, und obwohl andere Gebietskörperschaften gerade im Kulturbereich den Rotstift angesetzt haben, halten wir z.B. daran fest, das vor den Wahlen beschlossene Kulturförderdekret umzusetzen.

Die notwendigen Mittel für die Finanzierung der mittlerweile anerkannten Kulturträger, Kulturproduzenten und Kulturveranstalter wurden genauso in den Haushalt eingetragen wie das notwendige Geld für die Neueinstufung von Museen, die die Regierung vor einigen Tagen vorgenommen hat.

Ich verhehle an dieser Stelle nicht: Was den großen Kulturhäusern und Museen in Belgien zurzeit widerfährt, das beunruhigt mich zutiefst. Dass zudem vielerorts in Belgien die Mittel für Kulturorganisationen drastisch gekürzt und ganze Musikakademien geschlossen werden, das erfüllt mich großer Sorge.

Wer das kulturelle Erbe eines Landes gefährdet; wer dem gesellschaftspolitischen Engagement von Kulturschaffenden die Luft zum Atmen raubt; der belastet kommende Generationen mit erheblichen



Risiken. Eine solche Entwicklung ist sehr gefährlich.. Deshalb wird die DG einen anderen Weg gehen.

Wir halten an der Aufwertung der Kultur und übrigens auch an der Aufwertung der Musikakademie fest.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben zwar alle Ausgaben durchforstet und überall dort gespart, wo das möglich und angebracht erschien; auch wir können uns keine großen Sprünge und auch keine großen Mehrausgaben leisten; wir müssen eine strikte Haushaltsdisziplin anwenden aber wir sind durchaus in der Lage, auf begründete Bedürfnisse in unserer Gesellschaft zu reagieren.

Das gilt auch für den Infrastrukturplan.

Ja, wir werden in dieser Legislaturperiode sehr viel weniger in Infrastruktur investieren als in der Vergangenheit. Aber auch darunter wird niemand wirklich leiden; und zwar weil es den Vorgängerregierungen gelungen ist, den Infrastrukturstau größtenteils abzubauen.

Nachdem wir fast alle Schulen in Ordnung gebracht und bedeutende Investitionen in Krankenhäuser, Kulturinfrastrukturen, Sportanlagen, Alten- und Pflegeheime und Sozialeinrichtungen investiert haben; können wir es uns jetzt durchaus einige Jahre erlauben, weniger zu investieren.

Wobei der Begriff „wenig“ in diesem Zusammenhang relativ ist.

Wir haben uns vorgenommen, in dieser Legislaturperiode insgesamt ca. 50 Millionen EUR in Infrastrukturprojekte zu investieren; zum Teil über klassische Zuschüsse; zum Teil über alternative Finanzierungen.



50 Millionen EUR ... Das ist im Vergleich zur Vergangenheit wenig. Im Vergleich aber zu anderen Gebietskörperschaften in Belgien und im Vergleich zum realen übrig gebliebenen Bedarf in unserer Gemeinschaft ist das immer noch ein stattlicher Betrag.

Sicher, er erlaubt uns keine großen Sprünge und ganz bestimmt keine Prunkbauten - die hat es auch in der Vergangenheit nicht gegeben.

Und ja, wir müssen mit diesem begrenzten finanziellen Rahmen sehr sorgsam umgehen und die richtigen Prioritäten festlegen – aber dieser Betrag reicht uns, um das unbedingt Notwendige zu tun.

Für das Jahr 2015 haben wir von diesen 50 Millionen insgesamt 8 Millionen EUR in den Infrastrukturplan eingetragen. 42 % dieser Mittel fließen übrigens erneut in den Schulbau.

Die 6. Staatsreform hat unser Haushaltsvolumen und das Verhältnis zwischen laufenden Ausgaben und Infrastrukturausgaben vollkommen verändert.

Deshalb werden wir auch die Höchstgrenze für Infrastrukturausgaben neu festlegen müssen.

Bekanntlich hatten wir uns in den letzten beiden Legislaturperioden vorgenommen, im Schnitt nicht mehr als 15-17,5 % eines Jahreshaushaltes für Infrastrukturausgaben und alle Rückzahlungsraten aller Formen von Schuld auszugeben.

Sie werden der Simulation entnehmen können, dass wir diese Höchstgrenze in Zukunft zum Teil deutlich unterschreiten werden.

Wir liegen da nur mehr zwischen 7 und 12 %. Das klingt zunächst einem gut. Nicht mehr als 7-12 % eines Haushaltes für Infrastruktur

und die Rückzahlung aller Schulden ausgeben zu müssen, das ist sehr überschaubar. Wir werden aber abwarten müssen, wie sich die Ausgaben in den neuen Zuständigkeiten präzise entwickeln.

Deshalb wird die Regierung in diesem Punkt heute auch keine voreiligen Messlatten festlegen.

Wohl aber kündige ich jetzt schon an, dass wir spätestens Anfang 2016,

nach der Rechnungslegung 2015 also, dem Parlament eine Regierungserklärung zur Infrastrukturpolitik vorlegen werden. In dieser Regierungserklärung werden wir uns u.a. auf eine Höchstgrenze festlegen. Und wir werden diese Regierungserklärung mit einer Vertrauensabstimmung verbinden.

In diesem Zusammenhang sollten wir uns auch noch einmal mit dem PPP-Verfahren beschäftigen.

Wie Sie wissen, haben wir von allen belgischen und europäischen Behörden mehrmals die Bestätigung erhalten, dass unser PPP-Verfahren alle Kriterien erfüllt, um nach den europäischen Vorgaben als PPP verbucht zu werden. Daran hat sich auch bis heute nichts geändert.

Wir haben aber natürlich mitbekommen, dass fast alle anderen PPP-Verfahren im ganzen Land mittlerweile umbucht und die anrechenbare Schuld der öffentlichen Hand übernommen werden mussten.

Eines der ganz wenigen PPP-Projekte, die nicht umgewandelt wurden,

ist das PPP-Schulbauverfahren der DG. Das spricht für die Seriosität und Professionalität unserer Arbeit. Aber auch wir sollten vorsichtig



und vorausschauend planen. Wir können z.B. nicht ausschließen, dass die EU irgendwann ihre diesbezüglichen Vorgaben ändert.

Was wir aber unbedingt auszuschließen versuchen sollten, ist das Risiko, dass irgendwann eine Behörde aus irgendeinem Grund unser PPP-Verfahren mitten in der Legislaturperiode doch noch buchhalterisch umbucht und damit unseren Haushaltspfad in Gefahr bringt.

Um dieses Risiko einschätzen zu können, haben wir von uns aus Gespräche mit dem Rechnungshof und mit der Nationalbank aufgenommen.

Wenn auch nur die geringste Gefahr einer Umbuchung besteht, werden auch wir uns überlegen, das PPP-Projekt vorsorglich selbst buchhalterisch umzuwandeln und in unsere eigene anrechenbare Schule zu übernehmen.

In der Praxis, an den Kosten, für den Steuerzahler und an den Finanzflüssen ändert das nichts. Wohl aber würde das buchhalterische Defizit des Jahres 2014 dadurch vergrößert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Haushaltssimulation unserer langfristigen Finanzplanung enthält aber nicht nur Angaben zur Infrastrukturpolitik.

In der neuen Haushaltssimulation, die gleich verteilt werden wird, geben wir sehr transparent, viel transparenter übrigens als andere Gliedstaaten in Belgien, Auskunft über die Entwicklung all unserer Einnahmen und Ausgaben- und damit auch über die voraussichtliche



Entwicklung unserer Haushaltsresultate; den sogenannten Haushaltspfad.

Ich hatte eben erwähnt, dass wir für 2015 von einem konsolidierten Haushaltsdefizit in Höhe von 31,7 Millionen EUR ausgehen. Dabei sind wir von vorsichtigeren Wirtschaftsprognosen ausgegangen als der Föderalstaat.

Sie werden der Simulation entnehmen können, dass wir das Defizit dann ab 2016 konsequent abbauen werden.

Spätestens im Dezember 2018, also VOR den nächsten Wahlen, werden wir einen formgerechten, vom Rechnungshof begutachteten ausgeglichenen Haushalt verabschieden können. In den Folgejahren werden dann auch alle Haushalte DG im Gleichgewicht bleiben.

Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel. Das ist seit Ausbruch der Finanzkrise nicht mehr gelungen. Aber wir werden das schaffen!

Wir werden in dieser Legislaturperiode die DG in die Lage versetzen, dauerhaft – nach den Kriterien des Hohen Finanzrates – mit ihrem Einkommen auszukommen.

Das wird jedoch nicht einfach so von selbst geschehen. Dafür werden wir etwas tun müssen. Wir müssen uns in den nächsten Jahren an unsere eigenen Haushaltsvorgaben, an unsere selbst auferlegte Haushaltsdisziplin halten, die wir dem Haushaltspfad zugrunde gelegt haben.

Auf der ersten Seite der neuen Haushaltssimulation haben wir eine neue Linie hinzugefügt.





Diese Linie trägt den Titel „Sparmaßnahmen“.

Wenn wir unseren Gesamthaushalt nach 2018 dauerhaft ins Gleichgewicht bringen wollen, dann müssen wir trotz strikter Haushaltsdisziplin in den Jahren 2015, 2016, 2017 und 2018 nach dem jetzigen Stand der Dinge im Jahre 2019 weitere 3,6 Millionen EUR und im Jahre 2020 3,0 Millionen EUR sparen.

Wenn uns das gelingt, haben wir unser Ziel erreicht. Dann ist der Haushalt im Gleichgewicht – und zwar dauerhaft. 3,6 Millionen in 2019 und 3,0 Millionen in 2020.

Um das Ziel eines dauerhaften Haushaltsgleichgewichts zu erreichen, müssen wir also zusätzlich zur ohnehin notwendigen Haushaltsdisziplin, etwa 1% unseres Haushaltes einsparen und das während 2 Jahren. Das ist nicht nichts; aber das ist eine für die DG sehr verkräftbare Größenordnung.

Dass wir nicht mehr sparen müssen, beweist einmal mehr, dass die Haushaltslage der DG zwar ernst, aber keinesfalls dramatisch ist. Andere müssen sehr viel mehr sparen und tun sich trotzdem sehr schwer, ihren Haushalt auszugleichen.

Der Vollständigkeit halber muss man aber auch hinzufügen – das gebietet unsere Anspruch auf Transparenz und Ehrlichkeit: Diese Zahlen sind eine Größenordnung, die auf mehreren Hypothesen beruht, die sich durchaus im Laufe der Zeit verändern können.

So gehen wir z.B. von Wirtschaftsparemtern aus, die zwar vorsichtig eingeschätzt aber keinesfalls in Stein gemeißelt sind. Wir können

nicht ausschließen, dass sich diese Parameter weiter verschlechtern  
Und wenn das geschieht, vergrößert sich automatisch unser Sparziel.

Auch der Ausgabenentwicklung in den neuen Zuständigkeiten wurden bestimmte, nach bestem Wissen und Gewissen eingeschätzte Parameter zugrunde gelegt; wir verfügen aber in diesen Bereichen natürlich über keinerlei Erfahrungswerte. Entwickeln sich die Ausgaben in diesen Zuständigkeiten besser als erwartet, sinkt das Sparziel. Steigen die Ausgaben schneller als in der Simulation vorgesehen, vergrößert sich das Sparziel.

Hinzukommt, dass die Simulation derzeit kaum Handlungsspielräume für neue laufende Ausgaben in dieser Legislaturperiode enthält.

Es wäre aber natürlich wünschenswert, in dieser Legislaturperiode über solche Handlungsspielräume zu verfügen; vor allem wenn man weiss, dass die Einnahmen der DG schon in der nächsten Legislaturperiode deutlich steigen werden.

Deshalb sollten wir darüber nachdenken, uns solche Handlungsspielräume schon für diese Legislaturperiode zu erarbeiten.

Das kann zum Beispiel dadurch gelingen, dass man mehr spart als unbedingt notwendig, um den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen.

Es gibt noch 1 weiteres Element, das die Größenordnung der notwendigen Sparmassnahmen entscheidend beeinflussen könnte – und zwar im positiven Sinne.

Dass wir zu wenig Geld vom Föderalstaat für die Verwaltung der neuen Zuständigkeiten erhalten ist ungerecht.

Diese Fehlbeträge, die unseren Haushalt in Millionenhöhe belasten, sind nicht mit den Grundsätzen der 6. Staatsreform vereinbar.

Diese Tatsache benachteiligt die DG im Vergleich zu allen anderen Gliedstaaten. Deshalb haben wir Verhandlungen mit der föderalen Ebene aufgenommen mit dem Ziel, diese Benachteiligung zu beenden.

Wir haben die Forderung erhoben, diese Unterfinanzierung in den neuen Zuständigkeiten durch eine Erhöhung unserer Einnahmen auszugleichen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt dürfen wir uns zwar nicht darauf verlassen, dass diese Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden können, weil wir bislang keine Zusage erhalten haben.

Wir können zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber auch nicht ausschließen, dass wir Erfolg haben werden, weil wir bislang noch keine Absage erhalten haben. Sollten wir Erfolg haben, würden sich unsere Haushaltsresultate im Vergleich zur heute hinterlegten Simulation natürlich entscheidend verbessern.

Unabhängig davon werden sich jetzt viele hier im Saal 2 berechnigte Fragen stellen:

**Erste Frage:**

Warum kann die DG im Gegensatz zu anderen auf drastische Kürzungen beispielsweise im Unterrichtswesen oder im Sozialbereich verzichten?

Warum genügt in den ersten Jahren eine strikte Haushaltsdisziplin und in den Jahren 2019 und 2020 eine Sparanstrengung von ca. 1% schon aus, um den Haushalt der DG ins Gleichgewicht zu bringen?

Dafür gibt es 2 Gründe:

- a) Im Gegensatz zu anderen hatten wir bereits vor den Wahlen weitreichende Sparmassnahmen ergriffen. Ich hatte in der Regierungserklärung nicht ohne Grund gesagt, dass wir froh darüber sein dürfen, dass die Vorgängerregierung den Mut zum Sparen aufgebracht hatte. Unsere Haushaltlage ist ernst; aber sie ist keineswegs dramatisch.
- b) Wir haben uns im Gegensatz zu anderen für ein sozialverträgliches, also für ein progressives Sparen entschieden und zum Beispiel durch die Umwandlung von alternativen Finanzierungen, kommende Haushalte massiv entlastet, in großem Umfang Zinsen eingespart und somit die Größenordnung der notwendigen Sparmaßnahmen um mehrere Millionen EUR verkleinert.

**Zweite Frage:** Warum müssen wir keine rekurrenten Sparmaßnahmen für die Zeit nach 2020 beschließen, um den Haushalt dauerhaft ins Gleichgewicht zu bringen?

Die Antwort auf diese Frage steht im Gesetz. Sie ist einfach, aber technisch sehr komplex darzustellen.

Das föderale Finanzierungsgesetz sieht für die Zeit nach 2024 eine deutliche Erhöhung unserer Einnahmen vor. Dieses Finanzierungsgesetz enthält für uns wie für die anderen Gemeinschaften und Regionen einen Übergangsmechanismus, der gegen Ende der kommenden Legislaturperiode progressiv ausläuft.

Gleichzeitig nimmt die Unterfinanzierung im Bereich der Krankenhausinfrastruktur progressiv ab, weil bestimmte Altlasten des Föderalstaates dann komplett abgeschrieben sein werden.

Nach derzeitigem Stand der Dinge, bei unveränderter Politik und ohne rekurrente Sparmassnahmen ergreifen zu müssen, würde die DG im Jahre 2022, also in gerade einmal 7 Jahren, einen Haushaltsüberschuss in Höhe von 2,5 Millionen EUR und in 10 Jahren sogar einen Haushaltsüberschuss von 15,5 Millionen EUR erzielen.

Natürlich kann es sein, dass sich die Wirtschaftsparemeter noch mehr verschlechtern als bislang angenommen.

Deshalb wird es auch bei diesen Zahlen wahrscheinlich nicht bleiben.

Wir können heute natürlich nicht vorhersehen, wie die Welt in 7 oder 10 Jahren aussehen wird. Fest steht aber, dass kommende Regierungen über eine deutlich bessere Ausgangslage verfügen werden als wir. Und das ist kein Wunschdenken realitätsfremder Schönredner. So steht es im Gesetz. Das ist geltendes Recht in Belgien.

### **Ich komme zum Schluss und damit zu den Schlussfolgerungen:**

- Die Finanzlage der DG ist wie überall im ganzen Land ernst; aber sie ist keinesfalls dramatisch. Im Gegenteil: Sie ist durchaus beherrschbar. Das gilt übrigens auch für die im Vergleich zu anderen niedrige Verschuldung der DG.
- Auch wir sind gezwungen zu sparen. Das tun wir auch. Wir wenden in den nächsten Jahren eine strikte

Haushaltsdisziplin an und vermeiden jedwede Mehrkosten. Aber wir verzichten im Gegensatz zu anderen auf drastische Sparmaßnahmen. Stattdessen sparen wir sozialverträglich und progressiv.

- Wir werden noch vor den nächsten Wahlen unseren Haushalt ins Gleichgewicht bringen. Und zwar dauerhaft.

- Dazu werden in den Jahren 2019 und 2020 Sparmassnahmen in einer sehr verkraftbaren Größenordnung notwendig sein.

- Die Handlungsspielräume für neue Projekte sind in dieser Legislaturperiode allerdings sehr gering. Deshalb sollten wir darüber nachdenken, wie wir diese Spielräume vergrößern können. Die Regierung wird den Sozialpartnern einen breiten Dialog anbieten, um gemeinsam darüber zu sprechen, wie wir einerseits unser Sparziel und andererseits eine Erweiterung unserer Handlungsspielräume erreichen können.

Wir werden mit diesem Dialog in Kürze beginnen – einen ersten Austausch mit dem WSR hat es bereits gegeben. Wir werden dem Parlament spätestens im Mai 2015 entsprechende Vorschläge unterbreiten.

- Das föderale Finanzierungsgesetz sieht schon in der nächsten Legislaturperiode eine deutliche Erhöhung unserer Einnahmen vor.

Kommende Regierungen werden über eine bedeutend bessere Ausgangslage verfügen als wir; selbst dann wenn sich die Wirtschaftsp Parameter weiter verschlechtern sollten..



Werte Kolleginnen und Kollegen, Sie werden festgestellt haben, dass das mitunter zu vernehmende Gerede über eine dramatische Finanzlage der DG jeder Grundlage entbehrt.

Wir werden den Haushalt erstmals seit Ausbruch der weltweiten Finanzkrise wieder ins Gleichgewicht bringen.

Wie heißt es so schön: „Dazu sind wir bereit, gewillt und in der Lage.“

Ich freue mich schon jetzt sehr auf die Debatten im Ausschuss und hier im Plenum!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!